

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

19

Stefan Dyroff

Erinnerungskultur im
deutsch-polnischen Kontaktbereich

Bromberg und der Nordosten der Provinz
Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939

Osnabrück 2007

fibre

Daher werden, wenn dies möglich ist, biografische Angaben zu allen Akteuren der Erinnerungskultur im Text oder in einer Fußnote angefügt.

Loew hat sich bei seiner Begriffsbildung vor allem von Jörn Rüsen leiten lassen. Er hat sich jedoch nicht das ganze Potential des Rüsen'schen Begriffs der Geschichtskultur zu Nutze gemacht. Rüsen sieht in Geschichtskultur „einen Phänomenbestand, der seit Jahren die Rolle der historischen Erinnerung in der Öffentlichkeit charakterisiert.“⁷³ Geschichtskultur sieht er als eine bestimmte Art des deutenden Umgangs mit der Zeit, der im „Modus der historischen Erinnerung“ verläuft. Historische Erinnerung definiert er als „mentalen Vorgang eines Selbstbezuges der sich erinnernden Subjekte in der Form einer Vergegenwärtigung der Vergangenheit.“⁷⁴ Er merkt an, dass erst, wenn „eine Erinnerung solcher Art über die Grenzen der eigenen Lebenszeit in die Vergangenheit zurückgeht und damit die gegenwärtige Lebenssituation so deutet, dass auch eine Zukunftsperspektive gewonnen wird“, von „historischer“ Erinnerung gesprochen werden kann. Geschichtskultur ist für ihn „die durch das Geschichtsbewusstsein geleistete historische Erinnerung, die eine zeitliche Orientierung der Lebenspraxis in der Form von Richtungsbestimmungen des Handelns und des Selbstverhältnisses seiner Subjekte erfüllt.“⁷⁵ Rüsen verwendet demnach historische Erinnerung als zentralen Begriff, spricht letztendlich aber von Geschichtskultur. Dies dürfte darin begründet liegen, dass er analog zu Jan Assmanns Unterscheidung zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis historische Erinnerung als über die eigene Lebenszeit hinausgehend ansieht. Erinnerungskultur im hier vorgestellten Verständnis schließt im Gegensatz dazu die Inhalte des kommunikativen Gedächtnisses nicht kategorisch aus.

3. Politische Geschichte und Nationalitätenverhältnisse im Untersuchungsgebiet

Bevor nach der theoretischen Begriffsklärung mit den Analysen begonnen werden kann, erfolgt eine kurze Einführung in die politische Geschichte und die Nationalitätenverhältnisse im Untersuchungsgebiet, um dem Leser die historische Situation der damaligen Zeit besser verständlich zu machen.

⁷³ JÖRN RÜSEN, *Historische Orientierung: über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*, Köln 1994, S. 211.

⁷⁴ RÜSEN, *Historische Orientierung*, S. 214f.

⁷⁵ RÜSEN, *Historische Orientierung*, S. 219.

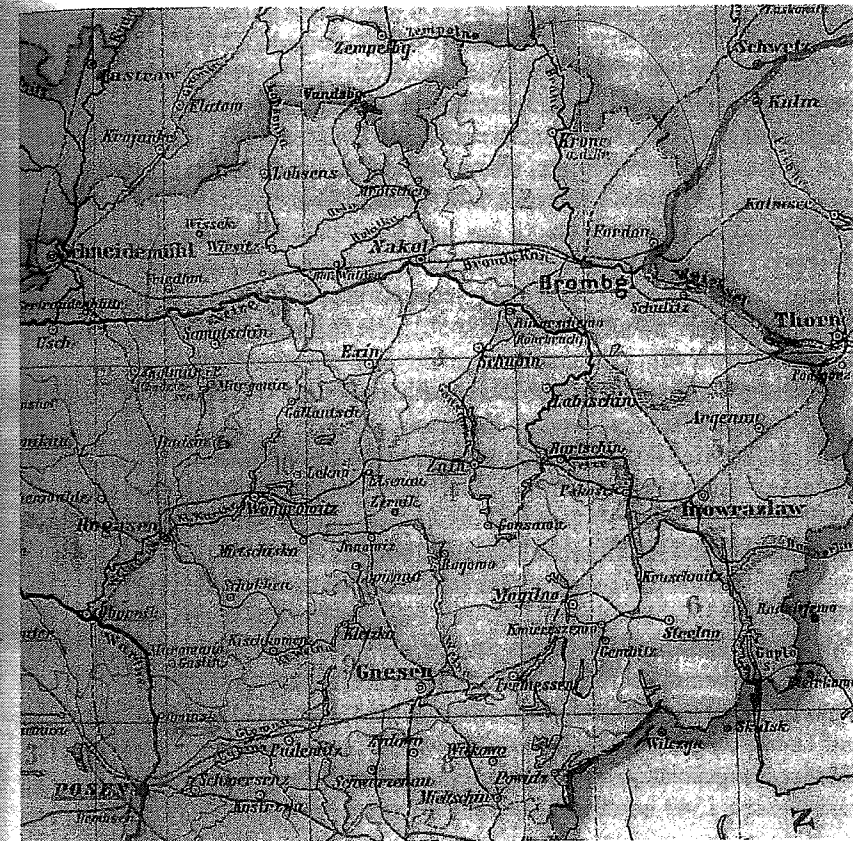


Abb. 1: Karte des Nordostens der Provinz Posen

Unter den preußischen Provinzen nahm die Provinz Posen nach dem Wiener Kongress 1815 eine Sonderstellung ein. Sie gehörte nicht zum Deutschen Bund und hatte als Großherzogtum Posen als einzige preußische Provinz mit dem Fürsten Antoni Henryk Radziwiłł einen Statthalter. Gleichzeitig sicherte Friedrich Wilhelm III. am 15. Mai 1815 den Polen die Achtung ihrer Religion sowie die Gleichstellung der polnischen und der deutschen Sprache in der Verwaltung zu. Der hier betrachtete Nordosten hatte dabei eine Sonderstellung in der Provinz inne. Er war im Gegensatz zum Großteil der restlichen Gebiete bereits bei der Ersten Teilung Polens als Netzedistrikt und nicht erst in der Dritten Teilung als Südpolen Teil Preußens geworden. Außerdem gab es dort einen relativ hohen deutschen Bevölkerungsanteil. Nach der Volkszählung von 1860 lebten im Landkreis

Bromberg 67,66% und im Landkreis Inowrazlaw 34,34% Deutsche. Die Sonderstellung des ehemaligen Netzedistrikts zeigte sich in der ungleichen Aufteilung der Provinz in Regierungsbezirke. Der Regierungsbezirk Posen bestand aus 17 Kreisen, der Königlichen Regierung in Bromberg unterstanden dagegen nur 9 Kreise, die vor allen Dingen das Gebiet des ehemaligen Netzedistrikts im Norden sowie die östlich von Posen gelegenen Kreise Gnesen und Mogilno umfasste.⁷⁶ In diesem Raum stellten wiederum die Landkreise Bromberg, Inowrazlaw und Strelno eine Ausnahme dar, da sie Teil des mittelalterlichen Fürstentums Kujawien waren, das als Wiege des polnischen Staats galt. Die Teilung jenes Kujawiens in einen russischen und einen preußischen Teil machte nach 1815 die kirchliche Reorganisation des Gebiets notwendig, das nun nicht mehr zum Bistum Włocławek, sondern zum Bistum Gnesen gehörte. Der Nordwesten des Landkreises Bromberg blieb dagegen Teil des Bistums Kulm mit Sitz in Pelplin und unterstand als einziger Teil der Provinz Posen nicht dem Erzbistum Gnesen-Posen, das in Personalunion verbunden war. Traditionell galt der Erzbischof von Gnesen als Primas der Kirche Polens und als Interregnum im Bereich der weltlichen Verwaltung. Dieser Überblick verdeutlicht, dass das Untersuchungsgebiet in seiner Geschichte zu verschiedenen territorialen Einheiten gehört hatte. Niemals jedoch war es vor 1772 Teil eines mehrheitlich von deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Staates gewesen, noch hatten jemals Deutsche eine dauerhaft führende Rolle in der Region gespielt. Eine kurze Episode der Deutschordensherrschaft in den Jahren 1332-1337 war nicht auf Dauer eingerichtet gewesen, sondern diente lediglich zur Stärkung der Verhandlungsposition des Ordens gegenüber Polen, was sich im Frieden von Kalisch 1343 bestätigte.

Eine erste Änderung der politischen Verhältnisse brachte der Aufstand von 1830/31 im russisch dominierten Königreich Polen mit sich.⁷⁷ Die Beteiligung zahlreicher Polen aus den grenznahen Gebieten an den Kämpfen sowie die Unterstützung der Kämpfe durch die Mehrheit der Bevölkerung zeigten das über die Teilungsgrenzen bestehende Zusammengehörigkeitsgefühl auf. Infolgedessen wurde Eduard Flottwell 1830 Nachfolger des Oberpräsidenten Joseph Zerboni di Sposetti. Für den 1831 verstorbenen

⁷⁶ Hier werden die Kreisteilungen der Jahre 1886 nicht berücksichtigt. Dabei wurde unter anderem der Kreis Strelno aus dem Kreis Inowrazlaw herausgelöst.

⁷⁷ MARTIN BROSZAT, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt am Main 1972, S. 84, spricht vom Versöhnungskurs bis 1830. Die Arbeit ist bereits veraltet und wird daher im Folgenden nicht berücksichtigt. – Gleiches gilt für die als Einführung guten, im Detail jedoch überholten Arbeiten von WILLIAM WALTER HAGEN, *Germans, Poles and Jews: the Nationality Conflict in the Prussian East, 1772-1914*, Chicago 1980 und RICHARD BLANKE, *Prussian Poland in the German Empire*, Boulder 1981. Stattdessen wird auf neuere, detailliertere Studien verwiesen.

Radziwiłł wurde kein Nachfolger benannt. Gleichzeitig wurden die Landkreise in Distrikte unterteilt und Distriktkommissare eingesetzt, so dass nach 1830 der stärkere Zugriff des Staats auf seine Bürger begann. Damit war ein erster Schritt zur Abschaffung ständischer Selbstverwaltungsorgane zugunsten staatlicher Behörden eingeleitet. Inwieweit Oberpräsident Flottwell eher Germanisierer oder Modernisierer und Bürokratisierer mit germanisierenden Nebeneffekten war, ist eine offene Forschungsfrage, die hier nicht geklärt werden kann. Wichtig ist jedoch, dass die Prozesse von Modernisierung und Germanisierung in den gemischtsprachigen Provinzen Preußens nicht getrennt gesehen werden können.

Im Februar 1846 deckten die preußischen Behörden einen geplanten polnischen Aufstand in der Provinz auf. Der 1848 offen ausbrechende Völkerfrühling ließ die nationalen Spannungen ansteigen. Es bildeten sich deutsche und polnische Nationalkomitees. In der Gegend von Wreschen musste die preußische Armee sogar gegen polnische Aufständische kämpfen. Teile der Provinz wurden vom Paulskirchenparlament dem Deutschen Bund angeschlossen, was jedoch 1851 rückgängig gemacht worden ist. Dennoch setzte sich nach 1848 die Bezeichnung Provinz Posen gegenüber der Bezeichnung Großherzogtum im deutschen Sprachgebrauch durch, was auf das Ende der Sonderstellung der Provinz hinweist. Im Polnischen blieb die Bezeichnung bis Ende der Teilungszeit geläufig, was als Unterstreichen des Anspruchs auf Sonderrechte gelten kann. Diese wurden jedoch nach und nach eingeschränkt. So wurden fast alle polnischen Beamten in westliche Provinzen versetzt, was den behördlichen Verkehr in polnischer Sprache erschwerte. Auch fasste man Maßnahmen gegen die Stellung der katholischen Kirche oft als solche gegen das Polentum auf. Den Auftakt dazu bildete der Mischehenstreit 1838-1840, in dessen Verlauf der Posener Erzbischof Marcin Dunin inhaftiert wurde. Nach der Reichsgründung 1871 folgte der Kulturkampf, der in der Provinz Posen eine antipolnische Stoßrichtung hatte.⁷⁸ Bereits 1867 wurde die Provinz in den Norddeutschen Bund aufgenommen und gehörte damit erstmals auch formell einem deutschen Staat an. Die altpreußische Ära ging damit zu Ende.

Die Toleranz fremder Kulturen und Religionen, die Preußen groß gemacht hatte, wurde nun schrittweise durch Nationalitätenpolitik ersetzt. 1876 wurde das Polnische als Amtssprache abgeschafft. Schon 1873 fiel der obligatorische Polnischunterricht für die deutschen Schüler der Gymnasien weg, die von nun an ihre Jahresberichte nicht mehr zweisprachig veröffentlichten. Auch in den Volksschulen führte man die deutsche Unterrichtssprache ein, so dass nur noch Religion in polnischer Sprache unter-

⁷⁸ LECH TRZECIAKOWSKI, *The Kulturkampf in Prussian Poland*, New York 1990.

richtet wurde. Die „Nationsbildung durch Trennung“⁷⁹ wurde damit behördlicherseits gefördert. 1885 erfolgte die Ausweisung von 30.000 Polen mit russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit, die teilweise bereits seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der Provinz Posen gelebt hatten. 1886 wurde die Königlich Preußische Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen gegründet, die den deutschen Anteil am Grundbesitz und die Anzahl der deutschen Landbevölkerung erhöhen sollte.⁸⁰ Das Gesetz war eine indirekte Folge einer „Denkschrift betreffend einige Maßregeln zur Germanisierung der Provinz Posen“, die der Bromberger Regierungspräsident Christoph von Tiedemann am 6.1.1886 verfasst hatte. Die Schuld am schlechter werdenden Nationalitätenverhältnis in der Provinz gab er darin den Polen. Seiner Ansicht nach wollten diese „kein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben mit den Deutschen“, sondern „Hammer oder Amboss“ sein. Auch führte er an, dass „sich der Deutsche überhaupt nicht heimisch in den geschilderten Verhältnissen“ fühle. Jeder Beamte aus einer anderen Provinz würde hier nur bis zu seiner Rückversetzung ausharren. Gleichfalls klagte er, dass die deutschen Gutsbesitzer fast nur polnische Arbeiter beschäftigten. Als Beispiel führt er den Kreis Inowrazlaw an, in dem zwei Drittel aller Rittergüter in den Händen deutscher Besitzer waren, „man aber auf den Gutshöfen ausschließlich polnisch sprechen hört.“⁸¹

Die polnische Seite betrachtete die Gründung der Ansiedlungskommission als endgültigen Beweis dafür, dass sie langfristig von Deutschen verdrängt bzw. germanisiert werden sollten. Dies bestätigten zahlreiche Gesetze in den Folgejahren, die deutsche Ansiedlungen unterstützten und polnische erschwerten. Negativer Höhepunkt des Bodenkampfs war das 1908 verabschiedete Enteignungsgesetz, das die Enteignung polnischen Grundbesitzes gegen Entschädigung ermöglichte. Dieses wurde zwar nur viermal ausgeführt, entfaltete jedoch eine große psychologische Wirkung.⁸² In der Provinz selbst drückte sich die wachsende Spannung zwischen den

⁷⁹ WERNER CONZE, Nationsbildung durch Trennung. Deutsche und Polen im preußischen Osten, in: Gesellschaft – Staat – Nation: gesammelte Aufsätze, Stuttgart 1992, S. 374-400.

⁸⁰ WITOLD JAKÓBCZYK, Pruska Komisja Osadnicza 1886-1919 [Die Preußische Ansiedlungskommission], Poznań 1976.

⁸¹ GSAPK, I HA Rep. 87 B, Nr. 9483, Bl. 2-32. Abgedruckt in: Studia i materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza XI (1975), H. 2 (Nr. 22), S. 169-181.

⁸² Zur Ansiedlungspolitik BRIGITTE BALZER, Die preußische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen), Frankfurt am Main 1990, S. 58-151.

Nationalitäten schon in der Gründung des Ostmarkenvereins 1894 aus.⁸³ Dieser verstand sich als Antwort auf das im Entstehen begriffene polnische Vereinswesen. Eines der Vorbilder war der so genannte Marcinkowski-Verein, der Stipendien vergab und somit zur Bildung eines polnischen Mittelstands beitrug, der den deutschen Mittelstand in den Städten zu verdrängen begann. Dies stand auch mit der zunehmenden Ostflucht im Zusammenhang. Zahlreiche Deutsche und Polen verließen die Provinz, um sich in den stärker industrialisierten Gebieten in der Mitte sowie im Westen Preußens niederzulassen. Gegen diese Entwicklung wurden Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums verabschiedet, die bestimmten Beamtengruppen so genannte Ostmarkenzulagen zusprach und den deutschen Mittelstand subventionierten. Dies lähmte größtenteils die Eigeninitiative der deutschen Bevölkerung und führte nicht zu einer stärkeren Verbundenheit mit der bei den meisten Beamten weiterhin unbeliebten Provinz Posen.⁸⁴ Die polnische Bevölkerung wurde dagegen durch die sie diskriminierenden Gesetze mobilisiert. Dies zeigte sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.⁸⁵

Neben Wirtschaft und Religion geriet auch die Schule in den Strudel des Nationalitätenkampfes. Nachdem die Regierung Caprivi 1891 den privaten Polnischunterricht in den Schulräumen genehmigt hatte, wurde dieser 1894 wieder abgeschafft. Am regulären Polnischunterricht durften nur noch Schüler teilnehmen, die den Religionsunterricht in polnischer Sprache erhielten. Nachdem dieser 1901 in vielen Schulen abgeschafft wurde, kam es zum so genannten Wreschener Schulstreik. Der Streit um den polnischen Religionsunterricht verschärfte sich im Schuljahr 1906/07, als es zu einem allgemeinen Schulstreik kam.⁸⁶ Dieser trug zu einer weiteren nationalen Polarisierung in der Provinz sowie zur Radikalisierung der polnischen Nationalbewegung bei. Der preußische Staat brachte damit aber auch die

⁸³ SABINE GRABOWSKI, Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straß 1894-1914, Marburg 1998.

⁸⁴ Herbert du Mesnil, der von 1905 bis 1908 als Konsistorialassessor beim Evangelischen Konsistorium Posen arbeitete, schreibt von Posen als „Turnierplatz“, auf dem junge Assessoren ihre Sporen verdienen konnten. HERBERT DU MESNIL, Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875-1947), bearb. v. JÜRGEN KLOOSTERHUIS, Köln 1998, S. 267. Auf S. 298 berichtet er von einem Freudentanz seiner Frau, als sie von der Versetzung nach Koblenz erfuhr.

⁸⁵ RUDOLF JAWORSKI, Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen 1871-1914, Göttingen 1986.

⁸⁶ RUDOLF KORTH, Die preußische Schulpolitik und die polnischen Schulstreiks. Ein Beitrag zur preußischen Polenpolitik der Ära Bülow, Würzburg 1963.

katholische Kirche gegen sich auf und verzichtete so auf einen möglichen loyalen Bündnispartner auf der polnischen Seite.⁸⁷

Neben dieser negativen Bildungspolitik verfolgte die preußische Regierung auch die so genannte Hebungspolitik, die das kulturelle Leben der Provinz förderte. Im Rahmen dieser Politik wurden deutsche Vereine gefördert, deutsche Bibliotheken und Theater subventioniert sowie wissenschaftliche Einrichtungen eröffnet. Zu nennen sind hier das Kaiser-Friedrich-Museum in Posen, die Königliche Akademie in Posen, die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen, das Hygiene-Institut in Posen sowie das Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft in Bromberg. Diesen staatlich geförderten Einrichtungen standen privat aufgebaute polnische Einrichtungen wie Bibliotheks- und Bildungsvereine gegenüber, die von Vertretern des sich bildenden polnischen Bürgertums geleitet wurden.⁸⁸ Eine zentrale Rolle spielte dabei die polnische Presse, die über die Vereinsaktivitäten berichtete und zur Teilnahme aufrief.⁸⁹ Die Zeitgenossen sprachen ob der Parallelität der Strukturen in der Provinz Posen vom „polnischen Gemeinwesen im preußischen Staat“.⁹⁰ Um diese polnischen Parallelstrukturen zu behindern, wurde neben der Novelle zum Ansiedlungsgesetz von 1904, die de facto die Gründung neuer Siedlungen durch polnische Parzellierungsbanken verbot, ein Sprachenparagraf in das 1908 verabschiedete Reichsvereinigungsgesetz eingefügt. Demnach durfte die polnische Sprache in öffentlichen Versammlungen nur verwendet werden, wenn mehr als 60% der örtlichen Bürger Polnisch als Muttersprache angegeben hatten.

Somit hatten sich die politischen Verhältnisse in der Provinz innerhalb einer Generation total verschoben. Die alte Parität, die in zahlreichen städtischen Gremien je ein Drittel Juden, Polen und Deutsche vorsah, war einer deutsch-jüdischen Dominanz über die polnische Mehrheit gewichen.

⁸⁷ JOHN J. KULCZYCKI: *Strajki szkolne w zaborze pruskim 1901-1907. Walka o dwujęzyczną oświatę* [Schulstreiks im preußischen Teilungsgebiet 1901-1907. Der Kampf um zweisprachige Bildung], Poznań 1993, S. 302f. Die Arbeit erschien erstmals 1981 in englischer Sprache.

⁸⁸ WITOLD MOLIK, *Kształtowanie się inteligencji polskiej w Wielkim Księstwie Poznańskim* [Die Herausbildung der polnischen Intelligenz im Großherzogtum Posen], Warszawa 1979. – WITOLD MOLIK, *Der Einfluss der preussischen Politik auf die Gesellschaftsstruktur des Großherzogtums Posen (1815-1914). Polnische Intelligenz als Vorbild, in: Preussen in der Provinz*, hg. v. PETER NITSCHKE, Frankfurt am Main 1991, S. 63-79.

⁸⁹ WITOLD MOLIK, *Dziennikarze polscy pod panowaniem pruskim 1890-1914. Próba charakterystyki* [Polnische Journalisten unter preußischer Herrschaft 1890-1914. Ein Versuch der Charakterisierung], in: *Inteligencja polska XIX i XX wieku* [Die polnische Intelligenz des 19. u. 20. Jhs.], hg. v. RYSZARD CZEPULIS-RASTENIS, Warszawa 1983, S. 111-186.

⁹⁰ BERNHARD, LUDWIG: *Die Polenfrage. Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat*, Leipzig 1907. 1910 erschien eine zweite bearbeitete Auflage.

Ein gutes Beispiel für diese Entwicklung der Selbstverwaltungsorgane stellen Mittelstädte wie Gnesen und Inowrazlaw dar.⁹¹ Sie rangen mit Schneidemühl um Platz drei in der Provinz nach Posen und Bromberg. Die Rolle der Städte war geringer als in anderen Provinzen. Die Provinz Posen war agrarisch geprägt. Die Gutsbesitzer spielten durch die noch feudale Züge tragenden Strukturen eine größere Rolle als in anderen Provinzen. Sie hatten z.B. eine Mehrheit gegenüber demokratisch legitimierten Vertretern in den Kreistagen. Aber auch die Städte entsprachen keinesfalls unserem heutigen Bild. 95 von 129 Städten der Provinz hatten weniger als 5.000 Einwohner, 49 davon weniger als 2.000. Als Industriestädte konnte man nur zwölf von ihnen ansehen, wobei sich mit Krone an der Brahe, Kruschwitz und Inowrazlaw drei davon im Nordosten der Provinz befanden.⁹² Dies stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zuckerindustrie Kujawiens und dem weiteren Abbau von Bodenschätzen sowie den relativ günstigen Transportkapazitäten durch den Bromberger Kanal und die Ostbahn. In Montwy bei Inowrazlaw entstand so die einzige Sodafabrik in der Provinz.⁹³ Den wirtschaftlichen Aufschwung des Gebiets begünstigte auch die Rolle Brombergs als Verwaltungszentrum und seine Rolle im Handel mit dem Russischen Reich. Gerade der auf dem Wasserweg durchgeführte Holzimport aus dem russischen Teilungsgebiet machte aus Bromberg und dem Netzedistrikt ein Zentrum der Holzindustrie.⁹⁴

Die Bevölkerung Brombergs wuchs so von 27.740 im Jahr 1871 auf 57.696 im Jahr 1910, wobei hier der Bevölkerungszuwachs in den Vororten nicht berücksichtigt ist. Der Großraum Bromberg hatte 1910 93.057 Einwohner. Inowrazlaw wuchs im gleichen Zeitraum von 7.709 auf 25.604, Strelno von 3.652 auf 5.063 Einwohner. Die drittgrößte Stadt im Untersuchungsgebiet war jedoch Krone an der Brahe mit 5.307 Einwohnern. Es folgten Schultitz mit 4.512, Argenu mit 3.451, Kruschwitz mit 3.245 und Fordon mit 2.850 Einwohnern.⁹⁵ Das Nationalitätenverhältnis lässt sich gerade in den kleineren Städten schwer bestimmen, auch weil hierzu solide Forschungsarbeiten fehlen. Deshalb wird hier nur auf Brom-

⁹¹ Zu Gnesen GEORG CHRISTOPH VON UNRUH, *Provinz (Großherzogtum) Posen, in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*, hg. v. GERD HEINRICH u. a., Stuttgart 1993, S. 363-474, S. 456.

⁹² UNRUH, *Provinz (Großherzogtum) Posen*, S. 454.

⁹³ CZESŁAW ŁUCZAK, *Dzieje gospodarcze Wielkopolski w okresie zaborów (1815-1918)*, Poznań 2001, S. 280f.

⁹⁴ ŁUCZAK, *Dzieje gospodarcze*, S. 257.

⁹⁵ Nach ROLAND SPICKERMANN, *Germans among Poles: ethnic rivalry, economic change and political mobilization in the Bromberg administrative District 1885-1914*, Ann Arbor 1995, S. 9.

berg und Inowrazlaw eingegangen. Im Allgemeinen kann man jedoch davon ausgehen, dass die nahe Bromberg gelegenen Städte Schulitz und Fordon deutsch dominiert waren, während Krone, Strelno⁹⁶, Kruschwitz und Argenu polnisch geprägt waren. Im Fall von Fordon ist anzumerken, dass hier ein besonders hoher Anteil an Juden wohnte, da in polnischer Zeit vorübergehend ein Niederlassungsverbot für Juden in Bromberg bestanden hatte, so dass sie sich in Fordon ballten.

In Inowrazlaw wohnten nach der Konfessionsstatistik, die meist als Grundlage für das Nationalitätenverhältnis angeführt wird, im Jahr 1875 etwa gleich viele Polen wie Deutschen und Juden zusammen (4.590 Polen, 3.034 Deutsche und 1.526 Juden).⁹⁷ Das höhere demografische Wachstum der Polen sowie der Wegzug von Deutschen und vor allem Juden führten bis 1910 zu einer polnischen Dominanz in der Stadt, die nun von fast doppelt so viel Polen wie Deutschen und Juden bewohnt wurde (15.886 Polen, 8.375 Deutsche und 948 Juden). Damit gab es mehr als 60% polnischer Bevölkerung in Inowrazlaw, so dass der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes hier nicht griff. Nach dem staatlichen Wechsel 1919 verließen die Deutschen massenhaft die Stadt. 1924 machte die deutschsprachige Bevölkerung nur noch vier Prozent aus (25.642 Polen, 982 Deutsche, 127 Juden). Deren Zahl stagnierte bis 1939, während die Polen zahlenmäßig zunahmten, so dass 1939 nur noch 2,7% Deutsche und Juden in Inowrazlaw wohnten, wobei die jüdische Gemeinde einen größeren Anteil an polnischsprachigen Mitgliedern zu verzeichnen hatte.

Bromberg war dagegen bis 1919 eine von Deutschen dominierte Stadt. Hier gab es 1871 25% Katholiken, 1910 32%. Für 1910 wiesen die preußischen Statistiken bei dieser konfessionellen Verteilung 19% Polen auf. In den Vororten waren es 29%.⁹⁸ 1921 gab es dagegen im um die Vororte erweiterten Bromberg nur noch 27,86% Deutsche, 1931 waren es gar nur noch 9,62%. In totalen Zahlen war dies ein Absinken von 24.874 auf 11.276 Deutsche. Die Zahl der Polen stieg dagegen von 63.245 auf 104.647. Bereits 1923 kamen 10% der polnischen Bevölkerung aus dem

⁹⁶ Nach JERZY KOZŁOWSKI, *Strzelno pod pruskimi rządami (1815-1918)* [Strzelno unter preußischer Herrschaft], Strzelno 2005, S. 29, war das Nationalitätenverhältnis zu preußischer Zeit 70% Polen und 30% Deutsche.

⁹⁷ Zahlen nach BRONISŁAW MAJEWSKI, *Uroki starego Inowrocławia* [Die Reize des alten Inowrazlaw], Inowrocław 2002, S. 136. – Es ist davon auszugehen, dass etwa 5-10% der Katholiken Deutsche waren, was jedoch in den meisten polnischen Aufstellungen so nicht wiedergegeben wird.

⁹⁸ KAZIMIERZ WAJDA, *Przemiany terytorialne i ludnościowe w latach 1850-1914* [Territoriale und Bevölkerungsveränderungen in den Jahren 1850-1914], in: *Historia Bydgoszczy* [Geschichte Brombergs], Bd.1, hg. v. MARIAN BISKUP, Warszawa 1991, S. 505-529, S. 512f.

russischen und österreichischen Teilungsgebiet.⁹⁹ Viele waren Beamte, da es den örtlichen Polen an einer entsprechenden Ausbildung fehlte.¹⁰⁰ Dennoch behielt die deutsche Bevölkerung Brombergs ihre bedeutende Stellung in der Stadt. Noch 1937 gehörten 20% der Immobilien Deutschen. Auch am Wirtschaftsleben hatten sie weiterhin bedeutenden Anteil.¹⁰¹ In Inowrazlaw lebten die in der Stadt verbliebenen Deutschen vor allen Dingen vom Handel und den Dienstleistungen für die deutschen Grundbesitzer und Bauern des Landkreises.¹⁰²

Im Gegensatz zur polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich genoss die deutsche Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik gesetzlich garantierte Minderheitenrechte, die Polen durch internationale Verpflichtungen gewähren musste. Bromberg wurde dabei wegen seiner geografischen Lage zu einer Art Zentrale der Minderheitenorganisationen. Hier hatte der 1923 verbotene Deutschtumsbund seinen Sitz und auch die Nachfolgeorganisation *Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat* residierte dort.¹⁰³ Diese hatte auch eine Schulabteilung, die zusammen mit dem *Deutschen Schulverein* versuchte, das deutsche Minderheitenschulwesen in Polen zu koordinieren. In Bromberg erschienen mit der *Deutschen Schulzeitung in Polen* sowie der *Deutschen Rundschau in Polen* auch zwei der wichtigsten landesweiten deutschsprachigen Zeitungen. Die *Deutsche Vereinigung* koordinierte darüber hinaus zu einem gewissen Teil auch die aus Deutschland teilweise verdeckt gezahlten Unterstützungszahlungen für die deutsche Minderheit. Diese bildeten die Basis zur Aufrechterhaltung großer Teile des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der im neuen Staat Polen verbleibenden Deutschen. In ihnen ist auch eine Reaktion auf die vom Staat und Teilen seiner polnischen Bürger angestrebte Entdeutschung der Westgebiete zu sehen. Polnische Bürger deutscher Nationalität wurden so nur in Ausnahmefällen in den Staatsdienst übernommen oder später eingestellt. Auch versuchte man durch andere staatliche Maßnahmen, die Auswanderung der deutschen Bevölkerung zu fördern.

⁹⁹ KUTTA, *Spółeczeństwo*.

¹⁰⁰ RYSZARD SUDZIŃSKI, *Samorząd terytorialny* [Territoriale Selbstverwaltung], in: *Historia Bydgoszczy* [Geschichte Brombergs] Bd. 2/I, hg. v. MARIAN BISKUP, Bydgoszcz 1999, S. 47-74, S. 61.

¹⁰¹ MAREK ROMANIUK, *Niemcy bydgoscy w okresie międzywojennym. Uwagi ogólne* [Die Bromberger Deutschen in der Zwischenkriegszeit. Allgemeine Anmerkungen], in: *Bydgoszcz. 650 lat Praw Miejskich* [Bromberg. 650 Jahre Stadtrechte], hg. v. MAKSYMILIAN GRZEGORZ/ ZDZISŁAW BIEGAŃSKI, Bydgoszcz 1996, S. 202-209.

¹⁰² TOMASZ ŁASKIEWICZ, *Mniejszość niemiecka w Inowrocławiu w latach 1919-1939* (I) [Die deutsche Minderheit in Inowrazlaw in den Jahren 1919-1939], in: *Ziemia Kujawska XVII* (2004), S. 115-134, S. 118.

¹⁰³ Zu beiden Organisationen MATELSKI, S. 77ff.

Selbst nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts zwischen Polen und Deutschland 1934 und einer offiziellen Annäherung beider Seiten änderte sich für die deutsche Minderheit in Polen außer einigen freundschaftlichen Gesten wenig.¹⁰⁴ Selbst die Erweiterung des Kulturaustauschs erleichterte die Organisation deutschsprachiger Veranstaltungen in den polnischen Westgebieten nicht, da sich die auf der polnischen Seite eher spärlichen Aktivitäten auf Warschau konzentrierten.¹⁰⁵ Gleichzeitig war das Einstellen der scharfen antipolnischen Propaganda in Deutschland, die die Situation der deutschen Minderheit in Polen erschwerte, nur eine Sprachregelung auf Zeit. Die historischen Forschungen zielten weiterhin darauf ab, das Recht Deutschlands auf die verlorenen Ostgebiete zu legitimieren.¹⁰⁶ Auch wenn die deutsche Minderheit im Polen der Zwischenkriegszeit schon Gegenstand diverser Studien¹⁰⁷ war, sind dennoch viele Fragen ungeklärt. Hier soll jedoch nicht näher darauf eingegangen werden, welche Verantwortung die jeweilige Seite für das die ganze Zeit über angespannte Verhältnis zwischen Minderheit und Staat hatte.

¹⁰⁴ KOTOWSKI, Polens Politik, S. 220.

¹⁰⁵ KARINA PRYT, Kulturbeziehungen zwischen Hitler-Deutschland und Piłsudskis Polen 1934-1939, in: Deutschland und Polen in schweren Zeiten 1933-1990. Alte Konflikte – Neue Sichtweisen, hg. v. BERND MARTIN/ ARKADIUSZ STEMPIN, Poznań 2004, S. 35-49.

¹⁰⁶ DIRK HERWEG, Von der „Polnischen Wirtschaft“ zur Un-Nation. Das Polenbild der Nationalsozialisten, in: Feindbilder in der deutschen Geschichte, hg. v. CHRISTOPH JAHR u.a., Berlin 1994, S. 201-223, S. 210.

¹⁰⁷ MATELSKI. – KOTOWSKI, Polens Politik. – NORBERT KREKELER, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973, stellt, obwohl schon älter, immer noch die beste Arbeit zur Frage der Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen dar.